

Universitätsstadt Tübingen

Service-Center Bauen

Werner Hermann, Telefon: 07071/204-2263

Gesch. Z.: 63

Vorlage 509 a/2010

Datum 14.04.2010

Berichtsvorlagezur Behandlung im: **Ausschuss für Planung, Verkehr, Energie und Umwelt**zur Kenntnis im: **Ortsbeirat Stadtmitte**

Betreff: Gaststättenähnliche Betriebe in der Altstadt

Bezug: Vorl. 509/2010 (W.U.T.-Antrag)

Anlagen: Bezeichnung:

Zusammenfassung:

Das Vorgehen bezüglich der Gaststättenähnlichen Betriebe in der Altstadt führt immer wieder und aktuell in mehreren Fällen zu baurechtlichen Problemen und öffentlichen Diskussionen. Die Verwaltung bereitet angesichts der komplexen Problematik Vorschläge für den Gemeinderat vor, die im Herbst 2010 in den Gremien diskutiert werden sollen.

Ziel: Unterrichtung des Gemeinderats.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die W.U.T.-Fraktion hat den Antrag gestellt „zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, dass trotz Altstadtsatzung Betriebe wie Firma Löffler, Tübinger Zuckerbäcker in der Ammergasse 13 und Firma Il Dolce in der Metzgergasse weiter existieren können. Es müssen Sitzgelegenheiten und Tische für ihre Kunden möglich sein, die die gekauften Kuchen und den Kaffee vor Ort verzehren möchten.

Bis zur endgültigen Klärung bei der Verwaltung und im Gemeinderat wird bei beiden Betrieben diese obengenannte Art der Bewirtung geduldet bzw. werden kurzfristig Sondergenehmigungen erteilt und langfristig die entsprechende Satzung geändert oder neu erlassen.“

Auch über diesen Antrag hinaus hält es die Verwaltung für erforderlich, den Gemeinderat bezüglich der Entwicklung der gaststättenähnlichen Betriebe in der Altstadt zu unterrichten.

2. Sachstand

Rechtliche Situation

Der Bebauungsplan „Altstadt“ vom 08.05.1989 schließt die Neuerrichtung und Erweiterung von Schank- und Speisewirtschaften sowie die Neuerrichtung von Einrichtungen zur Abgabe von Speisen und Getränken zum Verzehr auf der Straße aus, wenn diese einer Erlaubnis nach § 2 Gaststättengesetz (a.F. = alter Fassung) bedürfen.

Nach § 2 Abs. 3 Gaststättengesetz (a.F.) bedarf einer Gaststättenerlaubnis nicht, wer ohne Sitzgelegenheiten bereitzustellen in räumlicher Verbindung mit einem Ladengeschäft des Lebensmitteleinzelhandels oder des Lebensmittelhandwerks während der Ladenöffnungszeiten alkoholfreie Getränke oder zubereitete Speisen verabreicht.

Betriebe des Lebensmitteleinzelhandels dürfen daher Speisen und Getränke nur in untergeordnetem Umfang als Annex des Betriebs abgeben. Auch aus dem äußeren Eindruck muss ersichtlich sein, dass der Verkauf der Lebensmittel und nicht der Verzehr an Ort und Stelle im Vordergrund stehen. Deswegen dürfen auch keine Sitzgelegenheiten angeboten werden; Stehtische sind nur in einem untergeordneten Umfang zulässig. Dagegen wird zunehmend verstoßen. Genehmigte Lebensmitteleinzelhandelsbetriebe sind zu reinen Imbissen und damit zu in der Altstadt unzulässigen Gaststätten mutiert.

Praxis in der Vergangenheit

Der Gemeinderat hat sich schon des Öfteren mit dem o.g. Thema auseinandergesetzt; letztmals am 17.11.2003 anhand der Vorlage 205/2003. Die damals gemachten Aussagen in der Vorlage, insbesondere zur Rechtslage gelten nach wie vor. Der Planungsausschuss hatte damals dem in der Vorlage vorgeschlagenen Vorgehen der Verwaltung zugestimmt, nämlich dass „die zum Zeitpunkt 01.06.2003 im Bereich des Bebauungsplans „Altstadt“ bestehenden, baurechtlich nicht genehmigten Imbiss-Betrieben geduldet werden, sofern und soweit

- a) der Betrieb vom derzeitigen Betriebsinhaber betrieben wird
- b) keine Sitzmöglichkeiten angeboten werden
- c) keine alkoholischen Getränke ausgeschenkt werden und

d) der Betrieb nur während der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten betrieben wird.“

Aktuelle Situation

Zwischenzeitlich hat sich Situation dadurch verändert, dass entweder ein Pächterwechsel stattfinden soll oder aber einzelne Betriebe ihre Speisenabgabe erweitert oder Sitzgelegenheiten zur Verfügung gestellt haben. Diese Kriterien würden aber nach der damals abgesprochenen und den Betreibern wie auch den Eigentümern mitgeteilten Duldungsregelung zu einer Nutzungsuntersagung führen.

Die vorstehend ausgeführte rechtliche Problematik ist – wie die öffentliche Diskussion zeigt – nur sehr schwer zu vermitteln und führt auch in einigen Fällen zu formalen Entscheidungen, die unter Umständen nicht mehr sachgerecht sind. Die Verwaltung sucht daher schon seit einiger Zeit nach Lösungen, die sowohl Betreibern als auch den öffentlichen Belangen (u.a. dem Schutz des Wohnens und Arbeitens in der Altstadt sowie Berücksichtigung des Einzelhandels und der konzessionierten Gaststätten) gerecht werden. Dazu bedarf es wegen der rechtlichen Schwierigkeiten umfangreicher Untersuchungen, damit evtl. Lösungen letztlich auch Stand halten. Die möglichen Alternativen sollen zudem mit dem HGV, der BI Altstadt und anderen Beteiligten diskutiert werden.

3. Lösungsvarianten

Aufgrund der komplexen Ausgangslage sind derzeit noch keine Lösungsvarianten möglich. Da aber deutlich ist, dass sowohl die Verwaltung als auch der Gemeinderat die derzeitige Lösung überprüfen wollen, sollen bis zu einer Entscheidung über das weitere Vorgehen Nutzungsuntersagungen für bestehende Betriebe vermieden werden.

4. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung geht davon aus, dass sie bis zum Herbst 2010 Lösungsvorschläge erarbeiten kann und wird dann wieder auf den Gemeinderat zukommen.